

18.09.2016, Seite 2

Großbritannien droht der Staatszerfall

[Sabine Riedel](#) über einen Brexit ohne Schottland und Nordirland

Auch wenn eine knappe Mehrheit der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union votiert hat, so bleibt das Vereinigte Königreich dennoch ein wichtiges Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft. Zudem wird erst nach zweijährigen Verhandlungen feststehen, wie eng es mit der EU verbunden bleibt. Bevor diese beginnen können, muss London einen offiziellen Austrittsantrag stellen. Damit lässt sich die neue Premierministerin Theresa May jedoch Zeit, nicht zuletzt weil sie um die Einheit ihres Landes fürchtet.

Ausgerechnet jene Regionen, die mehrheitlich für einen Verbleib in der EU stimmten, drängen auf ein rasches Austrittsverfahren. Dabei sind aber weniger europäische als vielmehr regionale Eigeninteressen im Spiel: Während die Metropole London einen Sonderstatus als internationalen Finanzstandort fordert, streben die nordirischen Nationalisten wie Sinn Féin (SF) und die sozialdemokratische Labour Party (SDLP) nach einer Vereinigung mit der Republik Irland. Die regierende schottische Nationalpartei (SNP) hofft sogar auf ein zweites Referendum über ein unabhängiges Schottland. Diesen Begehrlichkeiten hat May einen Riegel vorgeschoben: Ohne Einvernehmen zwischen den Regionen und der Zentralregierung wird sie kein Austrittsgesuch stellen.

Auf dieses innerstaatliche Kräfteparallelogramm wirken jedoch externe Faktoren ein, die den britischen Staat gefährden. So haben die Präsidenten der EU-Kommission und des EU-Parlaments bereits die schottische Ministerpräsidentin empfangen. Während Nicola Sturgeon für einen schottischen Staat als Mitglied der EU und der Eurozone wirbt, wollen Jean-Claude Juncker und Martin Schulz damit London unter Druck setzen. Doch verfügen beide über keine Strategie, die Europa aus der Krise führen könnte.

Zu unterschiedlich sind die Ziele dieser Zweckgemeinschaft: So verfolgen die schottischen Regionalisten das Modell einer EU 50 plus. Danach sollen sämtliche EU-Regionen, die nach Unabhängigkeit streben, über einen „inneren EU-Erweiterungsprozess“ von Brüssel als Staaten anerkannt und aufgefangen werden. Da gegen möchten EU-Vertreter wie Juncker und Schulz mehr Kompetenzen nach Brüssel verlagern, sprich die EU zentralisieren, notfalls in Gestalt eines entwickelt sich somit zu einem Experimentierfeld für Europakonzepte, die sogar den Zerfall ihrer Mitgliedstaaten in Kauf nehmen. Hier sind die nationalen Parlamente und Regierungen gefordert, die allein ausreichend demokratisch legitimiert sind: Sie sollten sich beim Brexit nicht das Zepter aus der Hand nehmen lassen und weiteren Schaden abwenden.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

Unsere Gastautorin

ist Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und lehrt Politikwissenschaft an der Universität Magdeburg. Ihre jüngste Publikation trägt den Titel „Ein Brexit ohne Schotten und Nordiren?